

Schließungsmoratorium für Kliniken! Sie gehören in öffentliche Hand.



Bundesgesundheitsminister „Lauterbach will Hand in Hand mit den Krankenhauskonzernen 20 Prozent der Krankenhäuser plattmachen. Seine „Krankenhausreform“ versetzt unserem von Marktlogik und Profitdenken ausgezehrten Gesundheitssystem den Todesstoß“, erklärt der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Dietmar Bartsch auf Instagram. DIE LINKE fordert deshalb ein: „Schließungsmoratorium für Kliniken! Sie gehören in öffentliche Hand.“ Quelle: DIE LINKE im Bundestags/instagram.

Weniger ist mehr?

DIE LINKE in Bernau fragt nach Ihrer Meinung: Können Sie sich weniger Wahlwerbung im nächsten Jahr vorstellen?

Liebe Bernauerinnen und Bernauer, im nächsten Jahr finden nicht nur Kommunalwahlen und die Europawahl im Mai statt, es gibt im September noch einen „Nachschlag“ mit den Landtagswahlen.

Erinnern Sie sich noch, wie unsere Stadt 2019 wochenlang mit Wahlwerbung in unterschiedlichster Form ausgestattet war? Das war an vielen Stellen mehr als genug. Nicht nur fast alle Laternen waren mit diversen Plakaten versehen, auch Kreuzungsbereiche von Straßen wurden vielfach mit großen Aufstellern versehen, so dass schon fast die Sicherheit gefährdet war.

Rein rechtlich ist gegen Wahlwerbung nichts einzuwenden, sie ist ein legitimes demokratisches Mittel, um die Wähler zu informie-



ren. Aber muss es in diesem Umfang sein? Ist manchmal nicht „weniger“ sogar „mehr“?

In Städten wie Greifswald hat man bereits gute Erfahrungen mit in der SW abgestimmten Einschränkungen für den Wahlwerbungsumfang gemacht. Keiner wird benachteiligt, weil alle den gleichen Regeln unterworfen werden.

Könnten Sie sich so etwas auch für Bernau vorstellen? Uns interessiert Ihre Meinung. Schreiben Sie uns, rufen Sie an oder kommen Sie persönlich in der Berliner Str. 17 vorbei.

Ihre Stadtfraktion DIE LINKE

Kontakt: Fraktionsvorsitzender Dominik Rabe, Email: rabe@dielinke-barnim.de

Höheres Taschengeld für Freiwillige

Petition an den Bundestag für FSJ-ler unterstützen!

Noch bis 6. Juli kann man sie online unterschreiben: Petition 150963 an den Deutschen Bundestags. Es geht um die Verbesserung der Freiwilligendienste (BFD), oder in der Umgangssprache: FSJ für Freiwilliges soziales Jahr. Hier arbeiten junge Menschen, meist nach Beendigung ihrer Schulausbildung, die sich zu einem freiwilligen sozialen Jahr verpflichten. Sie helfen Trägern, die sich um Menschen mit Beeinträchtigungen kümmern, um Senior:innen, aber auch im Umwelt- und Naturschutz, im Zivil- und Katastrophenschutz oder in der Kultur. Im Barnim bieten vor allem Träger der Kinder- und Jugendarbeit, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege solche Stellen an.

Nur: Der BFD ist ein unentgeltlicher Dienst, freiwillig und sozial heißt zuallererst, dass die FSJ-ler keine Entlohnung dafür erhalten. Der BFD soll seit 12 Jahren helfen, die Folgen der Aussetzung des Wehr- und damit auch des Zivildienstes zumindest teilweise zu kompensieren. Denn ohne „Zivis“ funktionierte schon damals vor allem die Pflege nur mehr schlecht als recht.

Und auch jetzt geht es in vielen Bereichen ohne sie kaum noch: Ob als Helfer:innen in Schulen oder Kitas, in Pflege oder Seniorenarbeit. FSJ-ler erhalten ein Taschengeld, dazu – je nach Träger – Essengeld oder Fahrkosten, insgesamt jedoch nicht mehr als 423 Euro im Monat. Wer Anspruch hat, kann Kindergeld

erhalten. Alles andere, wie zum Beispiel Wohngeld, befindet sich jedoch in rechtlichen Grauzonen.

Deshalb: Das FSJ muss man sich leisten können. Entweder, weil man noch bei den Eltern lebt, sich die Miete spart und die Eltern das auch mitmachen. Oder, weil das Engagement soweit reicht, dass man sich noch einen Zuverdienst dazu erlaubt. Mit der gestiegenen Inflation, mit hohen Kosten fürs Wohnen jedoch brechen immer mehr junge Leute ihr FSJ ab: Nicht, weil sie den Dienst nicht mehr leisten mögen, nicht, weil sie nicht weiterhin bestimmte Berufsbereiche kennen lernen möchten. Sondern, weil sie es sich schlicht nicht mehr leisten können.

Deshalb hat ein großer Träger, der Internationale Bund (IB), eine Petition beim Bundestag eingereicht: Er will Freiwilligendienste attraktiver machen, z.B. mit Taschengeld angelehnt an den BAföG-Höchstsatz, mit kostenloser Nutzung von Nah- und Fernverkehr, durch Anrechnung auf Ausbildung/Studium, durch besseren Zugang zu Wohngeld und der Abschaffung von Anrechnung bei Unterhalt und Sozialleistungen der Eltern/Geschwister. **bc**

Wer dies unterstützen möchte, kann noch bis 6. Juli unterschreiben: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2023/_05/_15/Petition_150963.nc.html oder direkt:



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Domenik Rabe.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
28. Juni 2023